

Zensur und Presse. Aus Anlaß der Besprechung der Zensurverhältnisse im Reichstage schreibt die des Hochverrates sonst doch auch nicht verdächtige „Kreuz-Zeitung“:

Was Staatssekretär Debrück zur Frage der Pressezensur ausführte, war leider wenig tröstlich. Er begründete die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes über die Zeit der Mobilmachung hinaus, zu deren glatter Durchführung er zunächst nur eingeführt war, mit der Zunahme der Spionage, der Anschläge auf Eisenbahnen und Brücken und der Notwendigkeit weiterer Truppenverschiebungen, und fügte hinzu, daß die Beschränkungen sich im Rahmen des absolut Notwendigen halten sollten. Wer daraus nun aber herausgelesen hätte, daß die Beschränkungen sich nur auf das aus den obigen militärischen Gesichtspunkten durchaus Notwendige erstrecken sollte, wurde sofort eines anderen belehrt, als der Staatssekretär darlegte, daß sie sich auf alle Dinge beziehen müßte, „deren Verbreitung im Auslande zu einer unrichtigen Beurteilung unserer Widerstandskraft, Leistungsfähigkeit und Ziele führen“ könne. Eine nach diesem Grundsatz durchgeführte Zensur muß natürlich die Bewegungsfreiheit der Presse aufs äußerste beschränken, und deshalb eröffnen die Ausführungen des Staatssekretärs leider keine Aussicht auf Besserung von Zuständen, deren Besserungsbedürftigkeit von allen Seiten zugegeben worden ist.